

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Zum Erfolg verdammt“

Pakistans Premierminister Yousuf Raza Gilani über den Kampf gegen den Terror, die Zukunft Afghanistans und deutsche Investitionen für sein Land

Gilani, 57, trat das Amt des Premierministers im März 2008 an, ein halbes Jahr vor dem Rücktritt von Präsident Pervez Musharraf. Er gehört der Pakistan People's Party an, der Partei der ermordeten Benazir Bhutto, und diente unter ihr mehrfach als Minister.

SPIEGEL: Herr Premierminister, immer wieder erschüttern Terrorattacken Pakistan. In den letzten Wochen hat die Zahl der Anschläge deutlich zugenommen. Zudem führt Ihre Regierung einen Krieg gegen militante Islamisten in Waziristan. Sind Sie eigentlich noch gern Premierminister?

Gilani: Mein Land steckt in einer einzigartigen Situation, und in der trage ich spezielle Verantwortung. Pakistan ist die Front in einem Konflikt, dessen Ausgang über Friede, Fortschritt und Wohlergehen ent-

setzt. Aber als die Militanten unser Land immer stärker herausforderten, gab es keine andere Option als den Militäreinsatz.

SPIEGEL: Viele Menschen in Pakistan sagen, die Regierung führe in Waziristan einen Krieg gegen das eigene Volk.

Gilani: Wir kämpfen gegen Terroristen. Das sind keine Pakistanen, das sind Usbeken, Tschetschenen, Araber und Afghanen. Und sie kooperieren mit Agenten fremder Mächte, um den Frieden in Pakistan zu zerstören.

SPIEGEL: Wollen Sie behaupten, es gebe keine pakistanischen Taliban?

Gilani: Natürlich gibt es militante Pakistanen. Aber der Aufstand wird vorangetrieben von ausländischen Elementen.

SPIEGEL: Lassen Sie uns raten: Sie wollen den Geheimdienst Ihres Erzfeindes Indien beschuldigen, er stehe hinter den Militanten in Pakistan?

Aufstand schon analysiert, amerikanische Think Tanks etwa, und sie erwähnen seltsame Verwicklungen.

SPIEGEL: Sie reden über Afghanistan. Aber es ist Pakistan, das als das gefährlichste Land der Welt gilt. Machen Sie es sich nicht zu einfach, wenn Sie sagen, fremde Elemente trügen die Schuld?

Gilani: Wenn Menschen in aller Welt an Pakistan denken, denken sie vor allem an Terrorismus. Das hat natürlich das Image unseres Landes ramponiert. Aber man darf doch nicht vergessen, dass es bei uns ansonsten gut vorangeht. Trotz all dieser Dinge ist in weiten Teilen des Landes Terrorismus kein Thema. Wir sorgen für die Sicherheit von Arbeitern und Angestellten, wir kümmern uns um Immigranten aus anderen Ländern, viele Ingenieure zum Beispiel sind darunter. Aber leider gehen uns ausländische Investitionen verloren, weil die Leute nur auf das Terrorproblem starren. Und das schadet nicht nur Pakistan, sondern auch diesen Investoren. Können die nicht sehen, dass Pakistan sich enorm entwickelt?

SPIEGEL: Sie sind enttäuscht, weil viele in der Welt schlecht über Pakistan denken?

Gilani: Man sollte nicht ganz Pakistan als Kriegsgebiet darstellen. Als die Sowjets in Afghanistan einmarschierten, gab es ein breites Bündnis gegen diese Invasion. Wir



Regierungschef Gilani: „Manchmal ist die Abneigung gegen Amerika deutlich spürbar“

scheiden wird – er entscheidet nicht nur über die Zukunft Pakistans oder Asiens, sondern über die der ganzen Welt. Also können Sie sich vorstellen, worum es bei meinem Job geht. Wir sind zum Erfolg verdammt. In Waziristan habe ich zunächst auf Dialog und eine gute Entwicklung ge-

Das Gespräch führte Redakteur Hasnain Kazim.

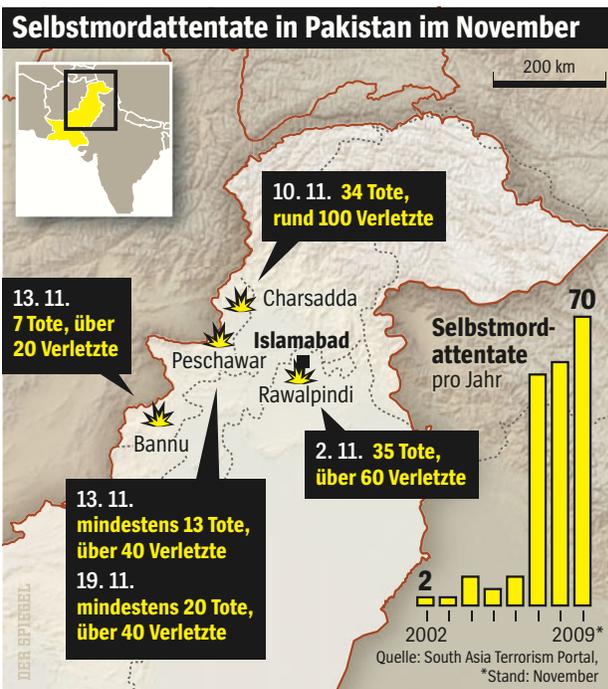
Gilani: Es gibt tatsächlich Einmischungen in Afghanistan. Das ist nicht nur unsere Meinung, das glauben auch viele Leute in den USA.

SPIEGEL: Aber Sie haben noch nie auch nur einen Beweis dafür vorgelegt, dass die Inder dort mitmischen.

Gilani: Ich sage auch nicht, dass es Beweise gibt. Aber viele Experten haben den

waren Teil dieser internationalen Allianz. Doch nach dem Krieg kümmerte sich die Welt nicht mehr um unsere Region. Und die Militanten stießen in das Vakuum vor. Das ist das Problem, mit dem wir bis heute zu kämpfen haben. Es wurde uns aufgezwungen.

SPIEGEL: Viele Sicherheitsexperten sorgen sich um Pakistans Atomwaffen. Fast täglich





Pakistanischer Militäreinsatz gegen Taliban: „Man kann nicht ohne die Massen in den Krieg ziehen“

betont Ihre Regierung, das Arsenal sei gut geschützt und werde nie in die Hände von Islamisten fallen. Was macht Sie so sicher?

Gilani: Es gibt viele Lobbyisten in der Welt – und viele davon arbeiten gegen Pakistan. Sie schüren diese Furcht, unsere Nuklearanlagen seien nicht sicher genug. Diese Leute wollen unser Land diskreditieren. Ich garantiere Ihnen, ich garantiere unserem Volk und ich garantiere der Welt, dass unsere gesamte Kommandostruktur in den zuverlässigsten Händen liegt. Sie ist absolut sicher. Die USA sehen das übrigens genauso.

SPIEGEL: Sie lassen es zu, dass die Amerikaner auf pakistanischem Hoheitsgebiet mit Drohnen Islamisten jagen, vor allem an der Grenze zu Afghanistan. Warum sollen die Amerikaner Ihnen nicht auch mit Bodentruppen helfen?

Gilani: Wir halten sie nicht davon ab, uns zu helfen. Wir kooperieren schon längst auf vielen Ebenen: bei der Arbeit der Militärs und Geheimdienstler, aber auch in der Wirtschaft, beim Handel, bei der Entwicklungspolitik, der Gesundheitserziehung und sogar in kulturellen Fragen. Aber diese Drohnen-Angriffe sind kontraproduktiv.

SPIEGEL: Wirklich? Eine US-Drohne hat Baitullah Mehsud getötet, den Anführer der pakistanischen Taliban. Halten Sie das nicht für einen Erfolg?

Gilani: Unsere Top-Leute in der Regierung und bei den Militärs sind sehr erfolgreich

dabei, Keile zwischen die Militanten und die örtlichen Stämme zu treiben. Aber nach jeder Drohnen-Attacke rücken die wieder dichter zusammen. Das ist eine gefährliche Entwicklung, das ist meine Sorge und die Sorge der Armee. Die Drohnen sind auch schädlich, weil sie anti-amerikanische Ressentiments im ganzen Land fördern. Und wenn wir die Aufständischen in Waziristan bekämpfen wollen, müssen wir die Unterstützung der Bevölkerung haben. Man kann nicht ohne die Massen in den Krieg ziehen. Wir brauchen eine enorme öffentliche Unterstützung, um den Terrorismus zu besiegen. Die bekommen wir aber nicht, wenn die Amerikaner sich einmischen, ohne dass wir sie darum gebeten hätten.

SPIEGEL: Aber egal, was die Amerikaner machen – es wird immer Amerika-Hasser in Pakistan geben.

Gilani: Zurzeit unterstützt die gesamte Bevölkerung unsere Militärschläge, weil sie die Bedrohung durch den Terror fürchtet.

SPIEGEL: US-Außenministerin Hillary Clinton war jüngst in Islamabad, Sicherheitsberater James Jones kam und auch noch CIA-Chef Leon Panetta – sollten die Besuche der vergangenen Wochen den Ruf Amerikas hier aufbessern?

Gilani: Der Krieg in Waziristan ist unser Krieg. Sobald sich die Amerikaner zum Beispiel mit ihren Drohnen einmischen, heißt es, dies sei ein Stellvertreterkrieg. Manchmal ist die Abneigung gegen Ame-

rika deutlich spürbar. Deshalb sind wir dabei, Washington zu überzeugen, dass es mehr Kooperation zwischen den Militärs und Geheimdienstleuten beider Seiten geben muss. Und Kooperation heißt Kooperation – Kooperation heißt nicht, dass die Amerikaner alles Mögliche tun können ohne unsere Zustimmung. Zugleich brauchen wir eine Balance in der Region. Wenn es so aussehen würde, als täten die Amerikaner etwas für die Inder, würde die öffentliche Meinung in Pakistan sich komplett gegen die USA wenden.

SPIEGEL: Sind Sie denn auch für einen weiteren Verbleib der amerikanischen Truppen in Afghanistan? Sobald sie sich zurückziehen, könnte die ganze Region aus dem Gleichgewicht geraten.

Gilani: Ein stabiles Afghanistan ist absolut in unserem Interesse. Wir müssen uns hier in Pakistan um Millionen afghanische Flüchtlinge kümmern. Und die sind schon seit mehreren Jahrzehnten hier. Sie integrieren sich inzwischen, sie machen Geschäfte, und ihre Kinder sind hier aufgewachsen. Es gibt zudem viele grenzüberschreitende Unternehmen. Deswegen brauchen wir ein stabiles Afghanistan. Man sollte es den Afghanen hier ermöglichen, mit Würde in ihr eigenes Land zurückzukehren.

SPIEGEL: Also unterstützen Sie die Strategie von US-Präsident Barack Obama, erst die Anzahl der Soldaten in Afghanistan zu er-

höhen und sich dann in absehbarer Zukunft zurückzuziehen?

Gilani: Wir unterstützen jede Politik, die gut ist für das afghanische Volk. Das Hauptziel sollte die Stabilität der Region sein.

SPIEGEL: Das Bild, das Sie skizzieren, ist nicht übermäßig geeignet, ausländische Investoren von Pakistan zu überzeugen. In dieser Woche werden Sie nach Deutschland reisen. Was wollen Sie deutschen Firmenchefs sagen?

Gilani: Lassen Sie uns nicht beim Thema Terrorismus verharren, werde ich sagen. Nicht das ganze Land leidet unter Terror, nur Gebiete an der Grenze zu Afghanistan. Und wir kümmern uns ziemlich erfolgreich darum. Mehr als zwei Millionen Flüchtlinge konnten innerhalb von nur zehn Wochen beispielsweise in das Swat-Tal zurückkehren, nachdem wir dort militärisch eingegriffen haben. So etwas hat es in der ganzen Welt noch nicht gegeben. Deshalb sind wir auch sehr zuversichtlich, was Süd-Waziristan angeht. Wir haben schon die Hochburgen der Militanten eingenommen, was in dieser Region noch nie zuvor geglückt ist. Zur gleichen Zeit fließen bereits viele Investitionen nach Pakistan.

SPIEGEL: Das scheint nicht alle deutschen Firmen zu überzeugen.

Gilani: Wir haben spezielle Beziehungen zu Deutschland. Die beiden Länder waren die Ersten, die einen bilateralen Investitionsvertrag unterzeichnet haben – 1959 war das. Warum sollten wir unsere guten Beziehungen nicht fortsetzen? Deutschland ist schon jetzt der viertgrößte Investor in Pakistan, die Europäische Union steht an erster Stelle.

SPIEGEL: Was, glauben Sie, würde die deutsche Öffentlichkeit sagen, wenn deutsche Waffenproduzenten in Pakistan investieren würden?

Gilani: Wir würden uns über Investitionen in allen Branchen freuen. Es gibt eine Menge Gelegenheiten etwa in der Landwirtschaft, im Energiesektor und bei der Infrastruktur.

SPIEGEL: Wollen Sie in Berlin nicht auch darüber reden, deutsche U-Boote zu kaufen? Oder hat sich Ihre Regierung schon für die französische Konkurrenz entschieden?

Gilani: Bis zu einer endgültigen Entscheidung wird es noch eine Zeit dauern. Unser Armeechef, mit dem ich am vergangenen Donnerstag darüber sprach, sagte mir, dass wir gut vorankommen. Doch das hängt noch zusammen mit einigen anderen Verteidigungsthemen, es geht nicht nur um U-Boote. Ich kann Ihnen jedoch versichern, dass es so oder so auch eine verteidigungspolitische Zusammenarbeit mit Deutschland gibt. Wir sind schon dabei, ein entsprechendes Memorandum vorzubereiten.

SPIEGEL: Herr Premierminister, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

UNTERNEHMER

Ein-Mann-Krieg an zwei Fronten

Der Medienzar Rupert Murdoch verweigert sich nicht der Realität, er bekämpft sie. US-Präsident Obama ist ihm zu links, Google zu mächtig. Gegen beide lässt er seine Blätter und Sender antreten.

Rupert Murdoch, 78, ist ein Mann der alten Schule. Er will seinem Gegner ins Auge schauen.

Also lud er im Frühsommer 2008 Barack Obama, damals 46, ins New Yorker Hotel Waldorf-Astoria ein. Die Atmosphäre war steif. Der Präsidentschaftskandidat der Demokraten interessierte sich für Murdochs Aufstieg vom Einwanderer zum ame-

tauchten, erlebten sie einen herrischen alten Herrn, wie seine Frau Wendi sich erinnert. Er stellte viele Fragen, vor allem Fragen wie diese: „Warum lest ihr keine Zeitung?“

Rupert Murdoch lebt in einer anderen Welt und legt Wert darauf, dass das auch so bleibt. Die Moderne erlebt er als eine Ansammlung von Zumutungen. Er findet, Re-



Medienunternehmer Murdoch: Die Moderne als Ansammlung von Zumutungen

rikanischen Medienzar. Höflich erkundigte er sich auch nach dessen Verhältnis zum Vater, der in Australien als Verlegerlegenden gilt.

Murdoch aber, dessen Zeitungen traditionell zur Wahl der Republikaner aufrufen, schlug einen anderen, einen aggressiveren Ton an, wie er später selbst verbreitete. Falls Obama Präsident werden würde, habe er nach der Amtseinführung sechs Monate Zeit, etwas Großes zu leisten. Danach würden Partei und Presse unruhig werden. Man konnte das auch als Drohung verstehen.

Die Google-Gründer bat er ebenfalls zu sich. Als Sergey Brin und Larry Page in seinem kalifornischen Ferienhaus auf-

gierungen sollten schwach und Unternehmer stark sein. Er ist gegen den Sozialstaat, gegen Obama und gegen das Internet, zumindest wenn es kostenlos ist und seine Gewinne schmälert.

Der Unternehmer verweigert sich nicht der Realität, er bekämpft sie. Wenn einer im Mediengeschäft arbeite und in Sorge sei um die Welt, dann müsse er seinen Einfluss auch geltend machen dürfen, verteidigte er 2007 beim Weltwirtschaftsforum in Davos seinen Eifer.

Aber auch er stoße an Grenzen, bekannte er: „Man kann ja nicht die ganze Welt ändern, zum Beispiel keine Wahlen.“ Das Bedauern über diesen Sachverhalt war nicht zu überhören.